



Pressemitteilung

Bürger für Boden, Lindenstr. 24, 61209 Echzell, Tel: 0170 384 6928

Datum: 20.09.2018

Kontroverse Sichten auf ein Mega-Projekt

Bürgerinitiative bewertet den Disput mit Wölfersheims Bürgermeister Eike auf dem Römerhof

"Es war das Aufeinandertreffen höchst unterschiedlicher Sichtweisen." Dieses Fazit zieht die Sprecherin der Bürgerinitiative "Bürger für Boden", Anette Breit, nach dem Besuch des Wölfersheimer Bürgermeisters am Sonntag auf dem Echzeller Römerhof. "Skepsis und Misstrauen gegenüber dem vermeintlichen Nutzen der Ansiedlung und der nicht offenen Art des Vorgehens bleiben - die zerstörende Wirkung des Projekts ist enorm."

See stand zum Projekt, stellte den Bedarf nach einem 30 ha großen Logistikzentrum nicht in Frage. Ein Standort an der A 45 sei für Rewe ideal ist. Er verteidigte das Angebot der Gemeinde an Rewe, obwohl der Gemeinde von den 30 ha kein Quadratmeter gehört. Niemand sei in der Lage 30 ha am Stück anzubieten. Das könne nur mittels Abweichungsverfahren vom geltenden Flächennutzungsplan geschehen. Durch Verzicht auf eine andere Gewerbefläche würden unterm Strich tatsächlich nur 22 ha mehr Fläche neu in Anspruch genommen. Die Zustimmung zu den Plänen in Gemeindevertretung und Regionalversammlung sei breit gewesen.

Demgegenüber beklagte Professor Tamas Harrach vom Gießener Institut für Bodenkunde und Bodenerhaltung, dass mit Vorhaben wie dem von Rewe das Rhein-Main-Gebiet seine besten Böden "frisst". Besonders hob er die Wasserspeicherfähigkeit des Wetterauer Lössbodens, gerade in Zeiten des Klimawandels und von Trockenperioden, hervor. Er forderte den Schutz von besten Böden.

Zentral diskutiert wurde der Grundsatzbeschluss zu Rewe in der Wölfersheimer Gemeindevertretung im Februar 2017. Bekanntlich erfuhr das Parlament erst zwei Tage vor der Sitzung davon. See wurde vorgehalten, dass ganz schnell Fakten geschaffen werden sollten. "Das wäre nicht so entschieden worden, hätte es dazu

vorher in Wölfersheim und Echzell Diskussionen gegeben. Die sollten aber vermieden werden und deshalb haben Sie das genauso eingefädelt", lautete der Vorwurf aus dem Publikum.

Dagegen hob See die Vorteile heraus, die sich für ihn ergeben. 500 verlagerte Arbeits- und 20 Ausbildungsplätze, Einnahmen über die Grund- und die Gewerbesteuer. Dem Vorwurf, eine Vielzahl der Arbeitsplätze würde durch die Digitalisierung verschwinden, begegnete er mit dem Verweis auf ein vergleichbares Rewe-Lager in Neu-Isenburg, wo heute 400 Menschen arbeiteten. Überraschend seine Aussage, das Logistikzentrum würde der Wölfersheimer Ortsdurchfahrt eine zehnpromtente Verkehrsabnahme bringen. Dem Abwasserproblem auf Grund der Versiegelung von 25 ha würde Rewe mit einer 5.000 m³-Zisterne (mit dosierter Abwasserabgabe in die Flusssysteme) und eventuell mit Überflutungsflächen (es würden noch Gespräche mit Landwirten geführt) begegnen. Der gute Ackerboden würde in Höhe von 20 cm abgetragen und auf schlechtere Böden im Gemeindegebiet verbracht.

See bestritt auch den Vorwurf, die Gemeinde würde durch den massiven Ankauf von Ackerland in Wölfersheim und Umgebung für 5 € pro m² die Preise nach oben treiben. Das Umlegungsverfahren, mit dem sich die Gemeinde das Land sichern will, verteidigte er. Er wies auf drei Widersprüche zum Verfahren hin, von denen zwei zurückgenommen worden seien. "Dagegen werden nach unseren Informationen mindestens zwei weiter aufrecht erhalten", markiert Anette Breit den Unterschied in dieser Frage.

Kontrovers auch die Frage des Frischwasserbedarf des Logistikzentrums. See warf der BI hier Falschbehauptungen vor. Die BI-Mitglieder wiederum verwiesen darauf, dass die Berechnungen ausschließlich auf den Unterlagen der ersten Offenlegung beruhen. "Anderes liege nicht vor", so Breit, "auch wenn vieles offenkundig mit der heißen Nadel gestrickt war." See versicherte, dass bei der nächsten Offenlegung im Winter Pläne und Details dann sauber ausgearbeitet vorlägen.

Nach seiner Auffassung läuft das Projekt ruhig und normal. Der Klage des BUND gegen das Vorhaben gab er keine großen Chancen. Anders Anette Breit: "Auch das sehen wir nicht so. Der BUND ist entschlossen, den Weg durch die Instanzen zu gehen. Erst dort wird sich zeigen, ob das willkürliche Umlegen besten Ackerlandes in eine Logistikfläche tatsächlich Bestand hat oder nicht."